



## Stellungnahme des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zum DEval-Bericht: „Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte. Evaluierung des entwicklungspolitischen Aktionsfeldes“

### Untersuchungsgegenstand und untersuchter Zeitraum

Das BMZ begrüßt die Evaluierung des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) „Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte. Evaluierung des entwicklungspolitischen Aktionsfeldes“ (2025). Gerade angesichts zunehmender globaler Opposition gegen Frauenrechte inklusive ihrer körperlichen Selbstbestimmung und Geschlechtergerechtigkeit sind fundierte Analysen und eine strategische Vorausschau wichtiger denn je.

Die Stärkung von sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte (SRGR) von Mädchen, Frauen und Jugendlichen in all ihrer Diversität ist zentral für eine gerechte gesellschaftliche Entwicklung und die Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele. Das BMZ setzt sich weltweit für den Zugang zu Aufklärung, Informationen und Gesundheitsdiensten ein, die körperliche Selbstbestimmung und Familienplanung ermöglichen. Dabei orientieren sich die Maßnahmen an den Prioritäten der Partnerländer sowie der BMZ-Kernthemenstrategie.

Die Evaluierung des DEval betrachtet das bilaterale deutsche entwicklungspolitische Engagement von 2011 bis 2022. Ein großer Anteil der aus Mitteln des BMZ finanzierten Maßnahmen im Bereich SRGR wird jedoch über multilaterale Akteure umgesetzt, wie etwa die Vereinten Nationen (UN Bevölkerungsfonds UNFPA) und die Weltbank (Global Financing Facility for Women, Children and Adolescents). Diese sind nicht

Gegenstand der vorliegenden Evaluierung des DEval.

Für die Evaluierung wurde ein Methodenmix angewendet, der Datenerhebungen in Fallstudienländern (Guinea, Jemen, Kamerun, Kirgistan, Malawi, Togo), Projektevaluierungen, Sekundär- und Literaturanalysen sowie eine Szenarioanalyse umfasst. Ziel der Evaluierung ist es, die bisherige Umsetzung von SRGR-Maßnahmen zu untersuchen, zu bewerten und durch Empfehlungen das Aktionsfeld SRGR in der deutschen EZ weiterzuentwickeln.

### Ergebnisse der Evaluierung

Die Evaluierung zeigt, dass die meisten Maßnahmen zwischen 2011 und 2022 auf die Verbesserung gesundheitlicher Leistungen abzielten – mit positiven Ergebnissen beim Zugang zu Gesundheitsdiensten und Verhütungsmitteln sowie der Reduzierung früher Schwangerschaften. Die Förderung sexueller und reproduktiver Rechte, wie etwa dem Recht auf sexuelle und körperliche Selbstbestimmung sowie auf körperliche Unversehrtheit, stand im Untersuchungszeitraum weniger im Fokus. Doch die Vorhaben, die Wirkungen in diesem Bereich beabsichtigten, erzielten größtenteils positive Ergebnisse, etwa in einem größeren Bewusstsein von Frauen und Mädchen über ihre Rechte. Tiefgreifende Veränderungen im sozialen Umfeld, nachhaltige Verhaltensänderungen oder ein Abbau geschlechtsspezifischer Gewalt ließen sich im Untersuchungszeitraum hingegen seltener beobachten. Für Menschen aus benachteiligten Gruppen bestanden in der Praxis noch Zugangsbarrieren, etwa zu Gesundheitsdienstleistungen – und Produkten.

## Empfehlungen der Evaluierung und Einschätzung des BMZ

DEval formuliert sieben Empfehlungen, darunter:

- Stärkere Integration sexueller und reproduktiver Rechte in Ziele und Programme, mit kontextspezifischen Ansätzen und einheitlichen Indikatoren.
- Stärkung besonders benachteiligter Gruppen und Förderung ihrer Teilhabe.
- Verbesserte Koordination zwischen technischer und finanzieller Zusammenarbeit.
- Strukturierte Nutzung vorhandener Evidenz zur Wirksamkeit von Maßnahmen.
- Strategische Vorausschau, um dynamische politische und gesellschaftliche Entwicklungen frühzeitig zu erkennen.

Das BMZ bedankt sich bei DEval für die umfassende Evaluierung und die daraus abgeleiteten Empfehlungen.

Das BMZ betont, dass es einem ganzheitlichen Ansatz folgend seit 2021 im Rahmen der feministischen Entwicklungspolitik deutlich mehr bi- und multilaterale Projekte zur Geschlechtergleichstellung fördert, welche die Rechte von Frauen und Mädchen in den Mittelpunkt stellen. Das BMZ wird zukünftig in seinem bi- und multilateralen Engagement Rechte, wie etwa auf sexuelle und körperliche Selbstbestimmung sowie auf körperliche Unversehrtheit, in den Fokus nehmen. Angesichts hoher Mütter- und Neugeborenensterblichkeit, Teenagerschwangerschaften und unzureichender Familienplanung ist auch die Förderung qualitativ hochwertiger, flächendeckender und bezahlbarer SRGR-Dienstleistungen weiterhin dringend notwendig.

Das BMZ wird auch auf sich verändernde politische Rahmenbedingungen reagieren. Wachsende Anti-Gender- und Anti-Rights-Bewegungen, oft als Ergebnis von sich ausbreitendem Populismus, Nationalismus und Autoritarismus, sind ein Trend, der den globalen Norden und den globalen Süden gleichermaßen betrifft. Es ist daher zentral im Rahmen von internationalen Prozessen sowie in spezifischen Länderkontexten sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte von Mädchen und Frauen in all ihrer Diversität ganzheitlich zu stärken.

Dieses Anliegen wird das BMZ zukünftig vor allem als gemeinsame globale Herausforderung im politischen Dialog, durch internationales Agenda-Setting, bei den Aushandlungen von internationalen Rahmenwerken und mittels multilateraler Prozesse und Beiträge bearbeiten.

Herausgeber Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)  
Referat 102 – Soziale Sicherung, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte

Stand 08/2025

Kontakt [RL102@bmz.bund.de](mailto:RL102@bmz.bund.de)  
[www.bmz.de](http://www.bmz.de)

Postanschrift der  
BMZ Dienstsitze

BMZ Berlin Stresemannstraße 94  
Stresemannstraße 94  
10963 Berlin  
T +49 (0)30 18 535-0

BMZ Bonn  
Dahlmannstraße 4  
53113 Bonn  
T +49 (0)228 99 535-0